

Wir

Älteren in den Gewerkschaften
in Bremen und Bremerhaven



Bild: Doris Hülsmeier

GESCHICHTE

Höhepunkt im Streik für
die 35-Stunden-Woche » 11



POLITIK

Mindestlohn – Sind die See-
leute vergessen worden? » 15



WELT

Combatants for Peace –
Kämpfer für den Frieden » 24





Liebe Leserin,
lieber Leser,

Nachdem wir unseren 20. Geburtstag und die 50. Ausgabe gebührend begangen haben – der DGB Bremen Elbe-Weser war Ausrichter einer Feier mit buntem Programm und vielen Gästen – ist der Redaktionsalltag wieder eingeleitet.

Die Welt steht vor großen Problemen. Welche der wichtigen Themen können wir angemessen bearbeiten? Wie schaffen wir es, trotzdem unsere Zuversicht und unseren Humor nicht zu verlieren? Mit dem vorliegenden Heft blicken WIR auf einige wichtige gewerkschaftliche Streiks und andere Ereignisse zurück, die wir auch aus heutiger Perspektive interessant finden. Wie gewohnt befassen WIR uns außerdem mit vielen aktuellen Themen und bieten Hintergrundwissen zu weniger bekannten Fragen. Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns wie immer über Rückmeldungen.

Sehen wir uns auf den Kundgebungen für Demokratie und – wie jedes Jahr – bei der Demo und Kundgebung am 1. Mai? WIR sind dabei.

Eure WIR-Redaktion



SOCIAL MEDIA

Ihr findet uns auch bei Facebook, Instagram und X. Schaut gerne vorbei!

SeniorInnenzeitung Wir seniorinnenzeitungwir @wirbremen

INHALT

- 03 Welches Europa wollen wir?**
Traudel Kassel
- 05 Wir brauchen eine soziale Politik, nicht die Hetze der AfD**
Doris Hülsmeier
- 08 Annahme verweigert!**
Reiner Meissner
- 09 Erdichtetes
Fantasie von übermorgen**
Erich Kästner
- 10 Der längste Streik in der Geschichte der IG Metall**
Udo Hannemann
- 11 Die tarifpolitische Antwort auf steigende Arbeitslosigkeit: Arbeitszeitverkürzung!**
Dieter Reinken
- 14 Die wilden Streiks von 1973**
Orhan Çalışır
- 15 Mindestlohn**
Klaus Meyer
- 18 Lesenswert
Zeitenwende**
Wolfgang Schröder
- 19 För twintig Jaahr –
Werder haalt dat Dübbel**
Beenhard Oldigs
- 20 Christine Beuthner –
Ein Energiebündel**
Marlene Henrici
- 22 Bilder lügen nicht?**
Marita Froese-Sarimun
- 24 Combatants for Peace**
Traudel Kassel
- 25 Fahrradfahren**
Wolfgang Bielenberg
- 26 Es wird eng auf See**
Klaus Meyer
- 27 Arbeitskreise & Impressum**
- 28 Veranstaltungen
1. Mai-Kundgebung**

Bild: Doris Hülsmeier

Bild: Dušan Cvetanović / Pixabay.de



Traudel Kassel

Aus dem ersten kleinen Zusammenschluss zwischen Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland 1957 als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG ist durch viele Entwicklungsschritte und mehrere Erweiterungsrounds – und einem Austritt – inzwischen eine Europäische Union von 27 Staaten geworden. Frieden und Wohlstand für Alle sind die Verheißungen an die 447 Millionen Bürger:innen der Europäischen Union, wenn man den Hochglanzbroschüren glaubt. Kriege hat es zwischen den Mitgliedsstaaten tatsächlich nicht mehr gegeben, aber viele Konflikte und Ungleichheiten existieren unter ihnen und in den einzelnen Staaten.

Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit sind wesentliche Aspekte der Integration. Sie ermöglichen den Menschen – Studierenden, Arbeitnehmenden, Touristen, Geschäftsleuten – vielfältige Erfahrungen. Die Freiheit der Aufhebung nationaler Grenzen gilt zuallererst auch

für Unternehmen, die vom Fallen der Zollschränken profitieren und überall Produktionsstätten und Filialen aufbauen können. Wichtige Zielsetzung der Europäischen Gemeinschaft ist von Anfang an die Förderung unternehmerischer Freiheit durch Zurückdrängung staatlichen Einflusses durch Privatisierung.

Gibt es ein soziales Europa?

Größere ökonomische Ungleichgewichte entstanden ab 2004 mit der Aufnahme osteuropäischer Staaten in die Gemeinschaft, die durch die Wende 1989 möglich geworden war. Zunächst wurden Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, die baltischen Staaten u. a. aufgenommen. Als drei Jahre später auch Bulgarien und Rumänien hinzukamen, war das Problem des Unterlaufens von Standards bei Lohn- und Arbeitsbedingungen bereits erkannt. Für die Arbeitnehmenden aus diesen Staaten galt die Arbeitnehmerfreizügigkeit erst nach mehreren Jahren.

Ursprungsgedanke und Hoffnung der europäischen Einigung war, dass in einem wirtschaftlich stark verflochtenen Europa Feindschaften oder gar Kriege nicht wieder möglich wären.



Welche Schicksale verbergen sich hinter den nüchternen Aussagen über Arbeitnehmerfreizügigkeit in dieser Periode der EU? In den ökonomisch fortgeschrittenen EU-Staaten entstand eine Billiglohn-Konkurrenz, die – gleichzeitig mit den Hartz-Gesetzen und der Ausdehnung von Leiharbeit – für viele Beschäftigte hierzulande eine Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Existenz bedeutete. In Deutschland erlebten Niedriglöhne und Leiharbeit, befristete und Mini-Jobs sowie Solo-Selbständige eine Blüte.

Für Menschen aus den neuen EU-Staaten war das aber ein Aufbruch, der ihnen neue Möglichkeiten bot. Viel zitiertes Beispiel ist der polnische Ingenieur, der sich einige Monate frei nimmt, um als Erntehelfer in Westeuropa wesentlich mehr zu verdienen als zu Hause. Auch die massenhafte Vermittlung von Pflegekräften in Krankenhäuser oder Privathaushalte ist Ergebnis dieser Umwälzungen. Aber auch Handwerker aus Osteuropa „eroberten“ den westeuropäischen Arbeitsmarkt. Ohne Saisonarbeiter:innen aus Osteuropa ist Spargel- oder Obsternte ebenso wenig denkbar wie Industrieproduktion ohne die Transporte mit osteuropäischen Fahrern.

Der Konflikt um den „Bolkestein-Hammer“

Aus gewerkschaftlicher Sicht war die Dienstleistungsrichtlinie, Projekt des EU-Kommissars Bolkestein 2004, Symbol für die neoliberale Ausrichtung der EU. Die Kritik galt zum einen dem Herkunftslandprinzip, wodurch nationale Arbeits- und Sozialstandards durch Billiglohnarbeit und Scheinfirmen unterlaufen werden konnten. Nur die Standards der Herkunftsländer sollten gelten. Die Kontrolle der Einhaltung von Mindeststandards bei Lohn, Arbeitszeit, Urlaub und Arbeitsschutz in dem Staat, wo die

Leistung erbracht wurde, sollte nicht mehr möglich sein. Europaweit entwickelten sich massive Proteste gegen die Aushebelung sozialer Standards und die Ausschreibung aller Dienstleistungen mit dem Ergebnis, dass die Richtlinie durch das Europäische Parlament entschärft wurde. Unter anderem wurden wichtige Bereiche wie Gesundheit, Verkehr, Sicherheit, Arbeitskampf- und Gewerkschaftsrechte usw. sowie Teilbereiche der öffentlichen Dienste aus der Richtlinie herausgenommen. Proteste können also etwas bewirken. An der wirtschaftsliberalen Ausrichtung der EU änderte das allerdings nichts. Die Kommission nahm beispielsweise 2012 die Privatisierung des Wassers in Angriff. Hiergegen wurde von Gewerkschaften und NGOs wie attac die erste Europäische Bürgerinitiative gegründet (siehe WIR 19), die diese verhindern konnte.

Angleichung der Lebensverhältnisse

Die europäische Integration sollte die Lebensverhältnisse in den Mitgliedsstaaten ohne viel Zutun allmählich angleichen – ein Trugschluss. Nachdrücklich erwiesen hat das die Wirtschaftskrise ab 2008. Die südeuropäischen Staaten, allen voran Griechenland, aber auch Italien, Spanien, Portugal und Frankreich, gerieten in eine extreme Verschuldung und wur-

den durch die von der EU-Troika aufgezwungene „Spar“politik zum radikalen Abbau von Löhnen, Arbeitnehmer- und Sozialstandards gezwungen. Unzählige Menschen wurden ins Elend gestürzt, öffentliches Eigentum privatisiert und verscherbelt. Hier zeigte sich das krasse Machtgefälle innerhalb der EU.

Einen Fortschritt stellte die kürzliche Durchsetzung einer europäischen Mindestlohn-Richtlinie dar, die der Angleichung der Lebensverhältnisse dienen soll. Aber selbst in den reichen EU-Staaten gibt es Ungleichheit, Abgehängte und Hoffnungslose – ein Nährboden für die Rechtsentwicklung in vielen EU-Staaten. Dabei werden tatsächliche Fortschritte für die Menschen oft als nationale Erfolge ausgegeben und unpopuläre Regelungen der EU angelastet, obwohl diese oft von den nationalen Regierungen angeschoben werden.

Wie erreichen wir das soziale Europa, das wir wollen?

Durch Information und Mobilisierung der Menschen – über Sprachprobleme hinweg – für ihre sozialen Interessen, die die EU-Kommission und die Regierungen zwingen, die sozialen Belange umzusetzen.

Als erstes heißt das: geht am 9. Juni zur Europawahl wählen! Das ist wichtig – noch wichtiger ist dauerhaftes Engagement.

Bild: Erich Westendorp / Pixabay.de



Bild: Bildretusche Svenja Kerkhoff



Doris Hülsmeier

Wir brauchen eine soziale Politik, nicht die Hetze der AfD

Die AfD gibt vor, eine Partei der „kleinen Leute“ zu sein. Ein Blick in das Grundsatzprogramm der AfD zeigt jedoch, dass die Partei für die „kleinen Leuten“ nichts zu bieten hat. Auch ihre Aktivitäten im Bundestag sprechen eine deutliche Sprache.

Eigene Wähler:innen als Leidtragende

Arbeitslose Menschen, die länger als sechs Monate das Existenzminimum beziehen, will die AfD zu „Bürgerarbeit“ zwingen. In einem Antrag an den Bundestag am 12.10.2022 forderte sie, dass Arbeitslose 15 Stunden die Woche unentgeltlich gemeinnützige Aufgaben erledigen müssen. Das 2023 eingeführte Bürgergeld kritisiert die AfD mit der Unterstellung, es helfe „jenen, die nicht arbeiten wollen.“

Staatliche Subventionen lehnt die AfD ab und propagiert den „freien Wettbewerb“. In den vergangenen Krisen hätte es mit der AfD daher keine Unterstützungsmaßnahmen gegeben, keine Gas- oder Strompreisbremse, keine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes.

Die Mietpreisbremse lehnt die AfD als „Investitionshemmnis“ ab. Statt auf eine Stärkung der gesetzlichen Rente setzt die AfD auf „private Vorsorge“, die vor allem privaten Konzernen und Versicherungen nutzt. Und wer kann sich private

Vorsorge schon leisten? Die Grundrente, die vor allem Frauen und Geringverdienenden zugutekommt, wurde von der AfD als „zu teuer“ entschieden abgelehnt.

Als es im Bundestag 2022 um die dringend erforderliche Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ging, hat die AfD dies abgelehnt, weil „die politische Erhöhung des Mindestlohns den Markt außer Kraft setze“. Den Arbeitsmarkt möchte sie „von unnötiger Bürokratie befreien“, um einer „überbordenden Rechtsprechung“ im Arbeitsrecht Einhalt zu gebieten. Das kann nichts anderes heißen als wichtige arbeitsrechtliche Schutzregelungen für Beschäftigte über Bord zu werfen.

Deutliche Verbesserungen für die Reichen

Für die Reichen hingegen strebt die AfD deutliche Verbesserungen an: Sie sollen künftig noch weniger Steuern zahlen. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Grund- und Grunderwerbssteuer sowie der Solidaritätszuschlag für Besserver-

dienende sollen nach Vorstellungen der AfD abgeschafft werden. Auch eine Steuer auf sehr hohe Vermögen lehnt die AfD ab. Analog zur Schuldenbremse will sie sogar „eine verbindliche Steuer- und Abgabenbremse im Grundgesetz verankern“. Die AfD will die Reichen reicher machen und plündert damit den Staat: Er verliert die finanziellen Mittel für seine (sozial) staatlichen Aufgaben, zu Lasten der sozial Schwachen. Das kann auch eine Gefahr für die Rente sein.

Die „kleinen Leute“ also – Beschäftigte, Rentner:innen, Erwerbslose und Empfänger:innen von Sozialleistungen haben von der AfD nichts Gutes zu erwarten. „Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler:innen“ meint Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Frauen und Familie: Zurück in die 50er Jahre

Die AfD strebt laut ihrem Grundsatzprogramm die Rückkehr zur „traditionellen Familie“ an – Vater, Mutter, verheiratet, mit möglichst ▶



Bei einem geheimen Treffen in Potsdam haben rechte Politiker der AfD, Werteunion und CDU Pläne erarbeitet, wie Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln mit und ohne deutschen Pass „remigriert“, also deportiert werden können.

Seitdem sind Millionen Menschen gegen die AfD auf die Straße gegangen, auch in Bremen und Bremerhaven: Für ein friedliches Zusammenleben. Für Vielfalt. Für Menschenrechte. Für unsere Demokratie.

vielen Kindern. Frauen sollen sich dem Ziel einer „höheren Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung“ unterordnen, aber möglichst die richtigen „deutschstämmigen Frauen“ aus den „bildungsnahen, mittleren Einkommenschichten“ sowie Akademikerinnen.

Das „Leitbild der voll erwerbstätigen Frau“ soll daher gestoppt, Gleichstellungspolitik soll abgeschafft werden. Die Lösung der AfD: Frauen zurück an den Herd, um die Kinder zu erziehen, dann klappt's auch mit der Ehe. Die AfD attackiert auch das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper, indem sie sich gegen Schwangerschaftsabbrüche ausspricht.



Hass und Hetze gegen zugewanderte Menschen

Die AfD schürt Angst, Hass und Zwietracht, das ist ihr Markenkern. Für gesellschaftliche Probleme präsentiert sie Sündenböcke, die angeblich an allem schuld sind. Jetzt sind es Zugewanderte und Geflüchtete, aber auch „etablierte“ Politiker:innen. Der Weg von Hass zu Gewalt ist nicht weit, zumal es viele Verbindungen in die rechtsextreme Szene gibt. Einige Landesverbände und die Jugendorganisation der AfD werden als gesichert rechtsextrem bewertet.

Angst und Hetze lösen keine Probleme. Umso gefährlicher ist es, wenn auch andere Parteien Vorurteile gegen Geflüchtete schüren und den Eindruck erwecken, dass Migration das größte Problem in Deutschland sei. Letztlich nutzt das nur der AfD.

Wir brauchen eine soziale Politik

Die anderen Parteien sollten vielmehr darüber reden, was denn nötig wäre, um die vielen Herausforderungen zu meistern. Deutschland ist ein reiches Land und dennoch sehen sich die Menschen vor allem durch sinkende Reallöhne, geringe Renten, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten, Sozialabbau, Militarisierung und die Folgen des Klimawandels bedroht.

Die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam hat im Januar 2024 berichtet, dass in Deutschland das Vermögen der fünf reichsten Bürger seit 2020 inflationsbereinigt um fast drei Viertel von rund 89 auf etwa 155 Milliarden US-Dollar gewachsen sei. Wir brauchen endlich eine gerechte Steuerpolitik, um die sehr reichen Menschen und Unternehmen mehr in die finanzielle Verantwortung zu nehmen!

Wenigstens eine Reform der sogenannten Schuldenbremse wäre jetzt erforderlich, um dringend nötige Infrastrukturinvestitionen finanzieren zu können. Durch öffentliche Investitionen, beispielsweise in den Wohnungsbau und die Sanierung kaputter Brücken, könnte auch die schwächelnde Wirtschaft gestärkt werden. Dagegen stemmt sich keine Partei so entschieden wie die AfD. Aber auch CDU/CSU und die FDP sprechen sich dagegen aus und fordern stattdessen weiteren Sozialabbau. In einer Demokratie sollte es doch um Miteinanderreden, um Kompromisse, um konstruktive Lösungen zum Wohle Aller gehen.

Wir brauchen eine soziale Politik für alle Menschen in unserem Land: ausreichend viele und bezahlbare Wohnungen, auskömmliche Renten, bezahlbare Pflege, ausreichend viele Bildungsangebote, ein sicheres Umfeld, sozial unterstützte Maßnahmen gegen den Klimawandel, wirksame Friedensschaffung und -sicherung weltweit – um nur Einiges zu nennen. Damit können Angst und Verunsicherung wirksam abgebaut werden.



Zuwanderung bereichert

Zuwanderung hat Deutschland bereichert, immer schon. Aus Zugewanderten wurden und werden Kolleg:innen, Nachbar:innen, Mitbürger:innen, Freund:innen. Zusammen halten wir unsere Gesellschaft am Laufen. Zusammen erarbeiten wir den Wohlstand unseres Landes. Auch durch Zuwanderung ist unsere Gesellschaft bunter, weltoffener und toleranter geworden.

Unsere vielfältige demokratische Gesellschaft ist ein großer Schatz, den wir gegen die AfD und ihre Mitläufer auch weiterhin verteidigen müssen.

Bild: Doris Hülsmeier

Bilder: Wolfgang Bielenberg, Marita Froese-Sarimün

Annahme verweigert!

1989

Im Januar 1989 lieferte die Deutsche Volksunion (DVU) eine Wurf-sendung im Umschlag an alle Haushalte im Bundesgebiet ein. Die DVU trat zur Europa-Wahl am 18. Juni 1989 unter dem Motto ERST DEUTSCHLAND – DANN EUROPA an. Um Schwierigkeiten bei der Auslieferung zu vermeiden, wurde damals vom Bundespostministerium vorab per Fernschreiben darauf hingewiesen, dass „weder Aufmachung noch Inhalt Ausschlussgründe nach §13 der Postordnung erkennen lassen“.

Das sahen die Briefzusteller, die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) und viele Bürger:innen ganz anders. Die Aufmachung mit dem Hinweis „Persönliche Zustellung durch ihren Postzusteller“ stieß auf starke Kritik. Die Postgewerkschaft bezeichnete den Inhalt der Sendung in einer Presse-Information als „rechtsradikales und ausländerfeindliches Gedankengut“ und wies darauf hin, dass sie den Bundespostminister bereits im April 1987 aufgefordert hatte, Wurf-sendungen mit ausländerfeindlichem Inhalt von der Postbeförderung auszuschließen.

In Kiel beantragten Zusteller, sie von der Zustellung der Wurf-sendungen zu entbinden. Die Anträge wurden abgelehnt. In Westerstede



bei Oldenburg erstellte ein Zusteller auf eigene Kosten eine eigene Wurf-sendung mit persönlicher Distanzierung. Auch in Bremen und Bremerhaven gab es Widerstand.

In seiner Antwort auf eine Resolution der Bremer Postgewerkschaft schrieb der Bundespostminister: „Nicht nur die Post, auch die Zusteller und die Deutsche Postgewerkschaft werden keine Postzensur ausüben.“

Die Postgewerkschaft rief die Bevölkerung auf, die Wurf-sendungen mit dem Vermerk „Annahme verweigert, zurück an Absender“ zu versehen und wieder in die Briefkästen der Post einzuwerfen.

Im April 1989 wurde eine weitere Wurf-sendung der DVU zur Europa-Wahl für die zweite Mai-Hälfte angekündigt.

Die Post sah wieder keine Handhabe, die Sendung mit ausländerfeindlichem Gedankengut von der Postbeförderung auszuschließen und berief sich dabei auf ein Rechtsgutachten, das zu folgendem Ergebnis kam: „Es bleibt daher festzuhalten, daß die Wurf-sendung der DVU inhaltlich keine strafrechtlich oder presserechtlich untersagungsfähigen Inhalte aufweist, da die Darstellung in der Wurf-sendung zwar hart an der Grenze des rechtlich Zulässigen heranreicht, diese jedoch nicht überschreitet.“

Bild: Reiner Meissner

Bild: Wikipedia



Die Bremer Postgewerkschaft schaltete im Mai 1989 Anzeigen im Weser-Kurier, den Bremer Nachrichten und der TAZ. Gemeinsam mit dem Bündnis BremerInnen gegen Neofaschismus wurden ca. 30.000 Aufkleber „Nazi-Post/Annahme verweigert – auch keine Wurf-sendungen von Dr. Frey zur Europawahl“ in Umlauf gebracht. Der Aufforderung, den Abschnitt aus den Anzeigen und die Aufkleber auf den Briefkästen anzubringen kamen viele Bürger:innen nach.

In einer weiteren Aktion der DPG wurden die Postzusteller aufgefordert, sich auf das sogenannte Remonstrationsrecht zu berufen und

sich aus Gewissensgründen von der Zustellpflicht der Wurf-sendungen befreien zu lassen. Von den 371 Bremer Zusteller:innen beteiligten sich 295 und stellten einen entsprechenden Antrag, der jedoch abgelehnt wurde.

Erst nachdem den Zusteller:innen für den Fall einer weiteren Nichtbeachtung der getroffenen Anordnung Disziplinarmaßnahmen bzw. arbeitsrechtliche Schritte schriftlich angedroht wurden, wurden die Wurf-sendungen zugestellt.

Die Deutsche Volksunion erhielt bei der Europa-Wahl 1,6 % der abgegebenen Stimmen.

Fantasie von übermorgen

Und als der nächste Krieg begann da sagten die Frauen: Nein und schlossen Bruder, Sohn und Mann fest in der Wohnung ein.

Dann zogen sie in jedem Land wohl vor des Hauptmanns Haus und hielten Stöcke in der Hand und holten die Kerls heraus

Sie legten jeden über's Knie der diesen Krieg befehl: die Herren der Bank und Industrie, den Minister und General.

Da brach so mancher Stock entzwei und manches Großmaul schwieg. In allen Ländern gab's Geschrei, doch nirgends gab es Krieg.

Die Frauen gingen dann wieder nach Haus zu Bruder und Sohn und Mann und sagten ihnen: der Krieg sei aus.

Die Männer starrten zum Fenster hinaus und sahen die Frauen nicht an...

2024

Auch wenn sich vieles in die sogenannten sozialen Medien verlagert hat, müssen wir auch 2024 wieder mit Post – diesmal von der AFD – rechnen.

Über die in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen genannten Tatbestände hinaus sind inzwischen Sendungen folgender Art von einer Postbeförderung ausgeschlossen:

- 1. Sendungen, deren Inhalt oder Gestaltung rassendiskriminierend sind ...
6. Sendungen, die den Betriebsfrieden der Deutschen Post ... stören.

Auch 2024 sollten wir unsere Briefkästen den Aufklebern versehen: „DIE AFD KOMMT MIR NICHT IN DEN KASTEN“



Udo Hannemann

» Nicht betteln nicht bitten – nur mutig gestritten.
 Nie kämpft es sich schlecht – für Freiheit und Recht! «

1863 begleiteten diese Zeilen von Hoffman von Fallersleben die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Unter diesem Motto wurde in den Jahren 1956/1957 der bis dahin längste Streik in der Geschichte der IG Metall geführt.

Der Streik dauerte 114 Tage und ging über vier Monate. Es war der bis vor kurzem längste Streik in der Geschichte der Bundesrepublik. Den Arbeitgebern entgingen so rund 2,23 Millionen Arbeitstage. Federführend waren die 11.000 Beschäftigte der „Howaldt Werke“ in Kiel. Als Ergebnis des Streiks wurde die Zahl der Karenztage (Tage, an denen Arbeiter keinen Lohn erhielten) verringert, der Nettolohn im Krankheitsfall erhöht und es gab auch mehr Urlaubstage. Wenige Monate nach Streikende verabschiedete der

Bundestag ein Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung von Arbeitern. Ermöglicht hatte das der Streik der Schleswig-Holsteiner. Aber erst 1970 wurden die Arbeiter endgültig den Angestellten gleichgestellt.

Es ist auch heute nie etwas vom Himmel gefallen.

Dies merkten die Beschäftigten der deutschen Tochter der dänischen Firma „VESTAS“. Sie forderten schon längere Zeit einen Tarifvertrag. Hierzu waren die Eigentümer von Vestas nicht bereit. Die Beschäftigten beschlossen deshalb, mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft (IGM), für die Einführung eines Tarifvertrages zu streiken. Da die meisten Beschäftigten in der Montage oder in der Wartung von Windkraftanlagen unterwegs sind war die Organisation

nicht einfach. Man traf sich deshalb regelmäßig, zweimal am Tag offline, in virtuellen Räumen und sprach sich ab wann, wo und wie gestreikt werden soll. Der erste Streiktag war der 7. November 2022.

Nach 123 Streiktagen, die sich über einen Zeitraum von 249 Tagen verteilten, kam es dann im Juli 2023 zu einer Einigung.

Das Ergebnis: Tarifvertrag, Inflationsausgleichsprämien, mehr Geld und Alterszeitzeit.

Ein weiterer, kleiner Nebeneffekt:
 // Zahlreiche Menschen, haben sich solidarisiert und auch Geld für die Streikkasse bei Vestas gesammelt.
 // Und bisher Unorganisierte haben sich in Gewerkschaften organisiert. Wir grüßen sie und heißen sie herzlich willkommen.

Bild: IG Metall



Die tarifpolitische Antwort auf steigende Arbeitslosigkeit:

Arbeitszeitverkürzung!

1984: Höhepunkt im Kampf um die 35-Stunden-Woche – auch in Bremen.

Seit Mitte der 70er Jahre stagnierte die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik. Arbeitslosigkeit prägte die frühen achtziger Jahre wie kein Jahrzehnt zuvor. Die Arbeitslosenquote stieg von 3,8 % in 1980 auf 9,1 % in 1983. Die Hoffnung, eine progressive staatliche Wirtschaftspolitik könnte eine Wende einleiten, bekommt keine Mehrheit.

Bereits in der von Strukturkrisen gebeutelten Stahlindustrie versuchte die IG Metall die 35-Stunden-Woche im Streik durchzusetzen – hatte aber keinen Erfolg. Im April 1983 beschließt der Vorstand der IG Metall einen erneuten Anlauf. Er hat sofort eine breite Front gegen sich. Arbeitgeberpräsident Eser erklärt: „Wir werden diesen Arbeitskampf dann mit aller Entschlossenheit und Solidarität innerhalb der unmittelbar beteiligten Branchen wie auch branchenübergreifend führen.“

Bundeskanzler Kohl sekundiert: „Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist absurd, dumm und töricht.“ Vorbild für Teile der deutschen Politik und der Wirtschaftseliten ist die Politik der Thatcher-Regierung in Großbritannien mit ihrem Kampf gegen die Gewerkschaften.

Diesem Konflikt will die IG Metall trotz aller zu erwartenden Schwierigkeiten nicht aus dem Weg gehen. Alle regionalen Tarifkommissionen beschließen die 35-Stunden-Woche als Forderung. Die Unterstützung aus den Betrieben stärkt die klare Haltung der IG Metall.

Baden-Württemberg und Hessen:

Streik und Aussperrung
 Nach über 70 regionalen Tarifverhandlungen ohne Annäherung kommt es zur Urabstimmung: In Nordbaden/Nordwürttemberg entscheiden 80,1 % für einen Streik, in Hessen 80,8 %.





Demonstration auf dem Marktplatz

IG Metalller und Metallerrinnen informieren in der Bremer Innenstadt. Im Gespräch mit der Bevölkerung werben sie für die Arbeitszeitverkürzung und protestieren gegen die kalte Aussperrung.

Bild: Udo Richter

Am 14. Mai beginnt der Arbeitskampf in Nordbaden/Nordwürttemberg zunächst mit 13.000 Beschäftigten in 15 Betrieben, ab dem 17. Mai kommen die Beschäftigten bei Mercedes in Sindelfingen hinzu. In Hessen werden 33.000 Beschäftigte in den Streik gerufen.

Insgesamt sind 57.500 Beschäftigte im Streik. Die Arbeitgeber antworten ab dem 22. Mai mit der Aussperrung von 155.000 Beschäftigten in beiden Tarifgebieten – also der dreifachen Anzahl von Streikenden.

Die Arbeitgeber eskalieren: die „Kalte Aussperrung“

Das Hauptmittel der Arbeitgeber wird die „Kalte Aussperrung“, die die Zahl der Streikenden um das Sechsfache übertraf. Binnen kurzem sind bundesweit ca. 315.000 Beschäftigte zusätzlich „kalt ausgesperrt“.

Bis zu diesem Konflikt galt: Wenn die Produktion wegen Materialausfällen oder Zulieferproblemen ausfallen muss, bekommen Beschäftigte gemäß §116 Arbeitsförderungs-

gesetz in nicht am Arbeitskampf beteiligten Tarifgebieten oder Branchen Lohnersatzleistungen aus der Arbeitslosenversicherung.

So hatte es auch das Bundesarbeitsgericht 1980 bestätigt – die Bundesanstalt für Arbeit (BA) hat im Arbeitskampf „neutral“ zu sein. Ihr Präsident Heinrich Franke (CSU) entschied am 18. Mai 1984: „Auch mittelbar am Arbeitskampf Beteiligte bekommen keine Leistungen der BA ausgezahlt“.

Diese Entscheidung trifft die BA unmittelbar vor dem Aussperrungsbeschluss von Gesamtmetall – ein offensichtlich politisch gedeckter und abgesprochener Versuch, den Streik der IG Metall zu torpedieren.

Das Ziel ist klar: Die „kalt Ausgesperrten“ sollen gegen die Streikenden in Stellung gebracht werden und damit der Druck auf die IG Metall erhöht werden. Die IG Metall kann nicht für alle bundesweit willkürlich kalt Ausgesperrten Unterstützung zahlen. Das wissen auch die Arbeitgeber.

Kalte Aussperrung auch in Bremen

In Bremen sind das Bremer Werk von Mercedes und der Sitzhersteller Keiper Recaro (heute Lear) sofort und unmittelbar betroffen.

„Bereits am 16.03.1984 erklärte die Werksleitung während eines Routinegespräches mit dem Betriebsratsvorsitzenden auf Anfrage, dass sie für den Fall der Arbeitseinstellung keinen Antrag auf Kurzarbeit stellen werden (dürfe?)“ schreibt die IG Metall-Vertrauenskörperleitung in der Broschüre „Schattenseiten eines Sterns“. Damit hatte der Konzern klargestellt: der Standort Bremen wird in die Strategie zur Abwehr der Forderungen der IG Metall eingebunden.

Der Betriebsrat rechnet damit, dass die Stilllegung im Bremer Mercedes Werk 4.000 Arbeitskräfte treffe. Im Laufe der folgenden drei Wochen würden weitere Tausende beschäftigungslos werden. Am 11.05.1984 beschließt der Betriebsrat darauf bereits einstimmig, beim Arbeitsamt Bremen vorsorglich Kurzarbeit zu beantragen.

Eine Woche später beginnt die „Kalte Aussperrung“ im Bremer Werk: die Beschäftigten erhalten am 17.05. am Arbeitsplatz ein Schreiben der Werksleitung ausgehändigt, in dem steht: „In unserem Werk ist eine sinnvolle und wirtschaftlich vertretbare Weiterbeschäftigung nicht mehr möglich... Wir müssen daher bitten...bis auf weiteres der Arbeit fernzubleiben.“

Die materiellen Auswirkungen für die Beschäftigten werden Mitte Juni erkennbar: der Lohn für Mai wird am 15.06.1984 ausgezahlt – und da fehlen jetzt die 10 Tage vom 18. bis zum 31.05 in der Lohntüte. Die IG Metall Bremen organisiert Spendensammlungen, es wird über Stundung von Mieten und über Erhöhung der Dispokredite verhandelt.

Franke Erlass ist rechtswidrig

Am 12. Juni entscheidet das Sozialgericht in Frankfurt, dass der „Franke-Erlass“ der BA rechtswidrig ist und in Hessen Kurzarbeitergeld gezahlt werden muss. In einer Demo vor dem Arbeitsamt Bremen wird gefordert, das Kurzarbeitergeld auszuzahlen. Am 15.06. entscheidet das Bremer Sozialgericht wie in Frankfurt.

Die Werksleitung zielt sich, die nötigen Daten an das Arbeitsamt weiterzugeben. Am 19.06. erfährt der Betriebsrat von der Werksleitung „man werde prüfen“. Als der Betriebsrat daraufhin am Folgetag beschließt, mit einer einstweiligen Verfügung die Werksleitung zum unverzüglichen Handeln zu zwingen, knickt diese ein und teilt mit: „dass wir entsprechend der Aufforderung des Arbeitsamts tätig geworden sind und die benötigten Unterlagen zur Berechnung des Kurzarbeitergelds erstellen.“ Mittlerweile sind die Beschäftigten fünf Wochen ohne Lohn.

Mercedes setzt weiter auf Verzögerung: „zur Erfassung der Daten benötige man bis zu drei Wochen“ erklärt die Werksleitung. Jetzt übernehmen die Vertrauensleute der IG Metall eigenständig die Erfassung und geben Listen der anspruchsberechtigten Arbeitnehmer beim Arbeitsamt ab.

Der Betriebsrat beantragt am 25.06. beim Arbeitsamt für die Belegschaft einen Vorschuss in Höhe von 2.923.887,00 DM, der sich aus einer Kalkulation mit dem niedrigsten Stundenverdienst ergab. Das Arbeitsamt stimmt zu.

Die IG Metall Vertrauensleute ziehen später Bilanz: „Wir sind durch ein Wechselbad von Hoffnung und Bangen oder auch von unheimlicher Wut gegangen ... Hoffentlich ist auch jedem klar geworden, dass der leuchtende Stern auch große Schatten wirft – aber nur auf die Belegschaft.“

Tarifabschluss in Nordbaden/ Nordwürttemberg

Es kommt zur Schlichtung. Am 26. Juni gibt es den Schlichtungsvorschlag: Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden / Woche mit vollem Lohnausgleich, 3,3 % Lohnerhöhung, Vorruhestandsregelungen. Der Tarifabschluss wird in BaWü mit 54,5 % Zustimmung, in Hessen mit 52,4 % angenommen. Andere Tarifgebiete übernehmen. In der Folge werden insbesondere in den taktgebundenen Produktionsbereichen der Werke und der Zulieferer Neueinstellungen nötig.

Die 35-Stunden-Woche bleibt auf der Tagesordnung

Bis zur endgültigen Einführung der 35-Stunden-Woche dauert es noch: nach weiteren Zwischenschritten wird im Frühjahr 1990 vereinbart, das zum 1.10.1995 die Arbeitszeit in der Metallindustrie 35 Stunden pro Woche beträgt.

Das gilt aber nur „im Westen“. In den neuen Bundesländern konnte die Arbeitszeitverkürzung nicht durchgesetzt werden. 2003 scheitert ein Streik in der Metallindustrie Sachsen und Brandenburg, er wird nach vier Wochen ergebnislos abgebrochen.

Demonstration vor dem Arbeitsamt

Die Vertrauensleute der IG Metall fordern vom Arbeitsamtsdirektor Domino, Kurzarbeit und Kurzarbeitergeld anzuerkennen.

Bild: Udo Richter





Die wilden Streiks von 1973

Die so genannten "Türkenstreiks" im Sommer 1973, wie sie abwertend in Medien und der Öffentlichkeit genannt wurden, betrafen mehr als 300 Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Sie markierten eine Massenbewegung der seit 1955 angeworbenen Migrantinnen und Migranten. Sie sind in Vergessenheit geraten – möglicherweise, weil fast alle von ihnen mit einer Niederlage endeten. Oder – noch schlimmer, weil sie kaum jemand als Thema für Recherche und Forschung betrachtete.

Die Erkenntnis, dass Migration den Normalfall darstellt, ist noch nicht fest in der Gesellschaft verankert. Geschichten von Migrantinnen und Migranten sowie ihren Nachkommen werden viel zu oft ignoriert.

Doch jede einzelne Geschichte zählt, und zusammen ergeben sie ein Gesamtbild auch der Bundesrepublik.

Die Autoren Dirk Meißner und Orhan Çalışır haben nun ein multimediales Projekt ins Leben gerufen, das an die Arbeitskämpfe von damals erinnern soll. Es zielt darauf ab, ein wichtiges Kapitel der westdeutschen Geschichte zu bewahren. Zum 50-jährigen Jubiläum der sogenannten "wilden Streiks" von 1973 wurden Videoporträts von Zeitzeugen erstellt.

Es lohnt sich, einen Blick auf die Website des multimedialen Projekts zu werfen.

→ www.streiks73.pageflow.io/streiks73



Ausstellungseröffnung und Konzert

Präsentiert werden Videoporträts von Zeitzeugen, Fotos und Presseberichte der sogenannten "wilden Streiks" – dem ersten massenhaften Widerstand gegen Rassismus in Deutschlands Betrieben und in der Gesellschaft. Klaus der Geiger, der den Ford-Streik 1973 musikalisch begleitet hat, wird auftreten. Zur Ausstellung wird es ein Begleitprogramm geben.

Eröffnung:
2. Juni 2024 um 18 Uhr
Kulturwerkstatt Westend
Waller Heerstraße 294
28219 Bremen

Illustration: Erdoğan Karayel

Bild: jasztoerue / stock.adobe.com

Mindestlohn

Sind die einfachen Seeleute wieder einmal vergessen worden?



Gegen den Widerstand konservativer und liberaler politischer Kräfte wurde 2014 das Mindestlohngesetz eingeführt, um das sogenannte „soziale Gefälle“ etwas flacher werden zu lassen und um Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten müssen, vor Ausbeutung zu schützen.

Frauen und Männer insbesondere aus den osteuropäischen Ländern, die sich als Erntehelfer, als LKW-Fahrer und in der Produktion von Schlachtbetrieben verdingen, um ihren Familien ein besseres Leben zu ermöglichen, profitieren seitdem von diesem Gesetz. Die vorausgesagten Firmenpleiten sind ausgeblieben.

Aber was ist mit den Seeleuten aus aller Herren Länder, die auf Schiffen unter deutscher Flagge arbeiten?

Auf Schiffen unter deutscher Flagge, deren Eigentümer ihre Schiffe zusätzlich zur normalen deutschen Registrierung in das Internationale Schiffsregister (ISR/Zweitregister) haben eintragen lassen, dürfen Seeleute zu den Bedingungen ihres je-

weiligen Heimatlandes bezahlt werden (Heimatlöhne). Zum Stichtag 31.12.2023 gibt es von den so registrierten Schiffen noch 120 Einheiten.

Auf diesen Schiffen sind drei verschiedene Entlohnungsvarianten feststellbar:

- Es gilt uneingeschränkt ein von der Gewerkschaft ver.di ausgehandelter Heuer- und Manteltarif für alle nach deutschem Maßstab.
- Es gilt der deutsche Heuer- und Manteltarif für die Europäer und ein spezieller ISR-Tarif für die Billigarbeitskräfte aus Südostasien oder
- Das Schiff ist nicht tarifgebunden.

Der ISR-Tarif ist ein von ver.di in Übereinstimmung mit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) ausgehandelter Tarifvertrag als Abwehr zu den erlaubten Heimatlöhnen. Es ist ein internationaler Mindestlohn, der den Reeder vor Boykott durch Hafentarbeiter schützt. Für ISR-Schiffe gilt ansonsten in demselben Umfang wie für

deutsche Seeschiffe im Erstregister das deutsche Recht. Es gilt das Recht der Flagge, in diesem Fall das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Peinlicher Widerspruch oder gesetzliche erlaubte Diskriminierung?

Das Recht der Flagge wird weder von der Politik noch von den deutschen Reedern bestritten. Strittig zwischen Gewerkschaft einerseits und Politik und Arbeitgeber andererseits ist die im ISR-Gesetz festgelegte Erlaubnis sogenannte Heimatlohnheuern anzuwenden. **Zur Erinnerung:** das Grundgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz verbieten es, Menschen wegen ihrer Herkunft zu diskriminieren. Deshalb ist die Gewerkschaft ÖTV/ver.di hiergegen bis vor das Bundesverfassungsgericht gezogen und hat verloren. In einer sehr anzuzweifelnden Urteilsbegründung hat das Gericht das Prinzip gleiche Arbeit – gleicher Lohn auf den sogenannten Zweitregisterschiffen gesetzlich ausgehebelt. ▶

Das ist von der Gewerkschaft bis heute nicht akzeptiert worden, allerdings ohne weitere oder erneute rechtliche Schritte zu unternehmen. Viel später als das vorgenannte Gesetz wurde das Mindestlohngesetz 2014 als bundesweit geltendes Gesetz beschlossen.

In diesem Gesetz heißt es in § 22 (1) Persönlicher Anwendungsbereich: (1) Dieses Gesetz gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Praktikantinnen und Praktikanten im Sinne des § 26 des Berufsbildungsgesetzes gelten als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes, es sei denn....

Die dann wenigen folgenden Ausnahmen erwähnen keinesfalls Seeleute, sondern nur besondere Formen von Ausbildungsverhältnissen. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass die Seeschifffahrt als Branche von dem Gesetz ausgenommen ist.

Wir haben also ein Gesetz, das die Diskriminierung von ausländischen Seeleuten auf deutschen Schiffen zulässt (ISR-Gesetz) und ein Gesetz, wonach Seeleute auf deutschen Schiffen von Regeln des Mindestlohngesetzes nicht ausgenommen sind. Widerspruch?

Und dann gibt es ja auch noch das Grundgesetz, in dem es in Art. 3 heißt:

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

In § 75 Betriebsverfassungsgesetz wird dieser Grundsatz ebenfalls verbindlich aufgeführt.

Dass erst kürzlich Frauen vor dem Bundesarbeitsgericht in ihrer Auffassung Recht bekommen haben, dass die geringere Entlohnung bei gleicher Arbeit eine geschlechterspezifische Diskriminierung sei, sollte die Seeleute ermutigen, gegen ihre herkunftsspezifische Diskriminierung zu klagen, weil sie weit unter dem Standard europäischer

und speziell deutscher Seeleute entlohnt werden. Und die Gewerkschaft sollte sie dabei nach Kräften unterstützen. Die ver.di-Satzung verpflichtet dazu.

Fragen über Fragen

Dass diese Ungerechtigkeit und der wahrscheinliche Gesetzesverstoß mit Wissen des Bundesministeriums für Arbeit tagtäglich praktiziert werden, macht es nicht besser. Das Arbeitsministerium erklärte nämlich gegenüber der Fernsehsendung „Panorama“ (01.06.2023) für einen entsprechenden Fall, in dem indonesische Fischerleute auf deutschen Fischtrawlern zu Minilöhnen beschäftigt worden sind, dass das Mindestlohngesetz nur dann anwendbar ist, „...wenn die Tätigkeit in deutschen Gewässern mit deutlichem Inlandsbezug erfolgt“.

Da fragt sich der juristische Laie, wer hat sich denn das ausgedacht? Von welcher Gesetzespassage des Mindestlohngesetzes ist diese Behauptung abgeleitet? Und was sind eigentlich deutsche Gewässer und deutscher Inlandsbezug? Ist damit der Bodensee gemeint? Oder ist diese Formulierung die Einflüsterung einer einflussreichen Lobby? Fragen über Fragen...

Wie auch immer. Stand der Dinge ist, dass außereuropäische Seeleute auf Schiffen unter deutscher Flagge weiterhin mit Erlaubnis des Bundesministeriums für Arbeit diskriminiert werden.

Mindestlohn –
eine Frage des Respekts
(für schwere Arbeit)

Bild: ver.di

Der Mindestlohn steigt zu wenig!



Aktuelle Fakten

- Seit dem 1. Januar 2024 beträgt der gesetzliche Mindestlohn € 12,41. Zum Januar 2025 soll eine nächste Anpassung, um weitere 41 Cent, auf € 12,82 erfolgen. Zum Vergleich: Zum Jahreswechsel wurden die Mindestlöhne in 22 EU-Staaten um durchschnittlich 9,7 % erhöht. Deutschland belegte den vorletzten Platz.
- Parallel steigt die Grenze, bis zu der Minijobber monatlich verdienen dürfen – von € 520 auf € 538.
- Sogenannte Branchenmindestlöhne gelten für alle Betriebe einer Branche. Dabei ist es unerheblich, ob die Firmen tarifgebunden sind. Im Zuge der Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern werden sie ausgehandelt und gelten für folgende Branchen: Abfallwirtschaft, Berufliche Aus- und Weiterbildung, Bauhauptgewerbe, Dachdeckerhandwerk, Elektrohandwerk, Gebäudereinigung, Geld- und Wertdienste, Gerüstbauerhandwerk, Pflegebranche, Schornsteinfegerhandwerk, Steinmetz- und Steinhauerhandwerk, Leiharbeit/Zeitarbeit. Hier liegen die für allgemeinverbindlich erklärten Löhne über dem gesetzlichen Mindestlohn.
- SPD und Grüne fordern eine Neuberaterung in der Mindestlohnkommission bzw. einen Mindestlohn von € 14.
- Der gesetzliche Mindestlohn gilt unabhängig von Arbeitszeit oder Umfang der Beschäftigung – und damit auch für Minijoberinnen und Minijobber. Er ist ein Bruttostundenlohn. Damit eine Wochenarbeitszeit von zehn Stunden möglich ist, stieg mit der Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Oktober 2022 die Minijob-Grenze auf € 520. Sie wird künftig jeweils an die Entwicklung des Mindestlohns angepasst. Zuvor lag die Minijob-Grenze bei € 450. Der Arbeitgeber trägt die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung.
- In den zehn größten deutschen Städten reicht der aktuelle Mindestlohn nicht für eine Rente über dem Mindestniveau.
- Laut einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes arbeiteten im April 2022 etwa 7,5 Millionen in Deutschland in Arbeitsverhältnissen, in denen weniger als € 12,50 brutto pro Stunde verdient wurde.
- Die Kontrolle der Einhaltung der Mindestlohnzahlung liegt, wie bisher bereits bei den Branchenmindestlöhnen, bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) der Bundeszollverwaltung.



Carmen Korn
Zeitenwende

550 Seiten
Rowohlt Verlag
ISBN 978-3-499-29064-0
14,00 €

Zuerst habe ich gedacht: Was soll ich denn mit diesem „Frauenroman“? Aber meine Frau bestand darauf, dass ich einmal hineinschauen sollte, als sie mir das Buch überreichte. Und wahrhaftig: Das Buch ist rundum gelungen! Die Autorin ist 1952 geboren und lebt in Hamburg-Uhlenhorst. Sie ist in diesem Viertel tief verwurzelt und beschäftigt sich schon seit langem mit dessen Bewohnern und deren Geschichte.

Der vorliegende Roman ist der dritte Teil der Jahrhundert-Trilogie, deren erste Teile TÖCHTER EINER NEUEN ZEIT und ZEITEN DES AUFBRUCHS heißen. Darin erzählt Carmen Korn die Leben von vier befreundeten Frauen, die alle um das Jahr 1900 geboren wurden. Die Freundinnen erleben zwei Weltkriege und zahlreiche Schicksalsschläge, und die Leserinnen und Leser erfahren anhand der fiktiven Leben der vier Romanheldinnen lebendige Zeitgeschichte.

ZEITENWENDE ist der fulminante Abschluss der Bestseller-Trilogie. Die Romanfigur Henny Unger feiert in diesem Band einen runden Geburtstag, siebzig Jahre ist sie geworden. Genauso alt wie das Zwanzigste Jahrhundert. Beim Gartenfest in Uhlenhorst an ihrer Seite

sind ihre Freundinnen Käthe, Lina und Ida – wie seit Jahrzehnten schon. Doch längst hat sich ihr Familienkreis erweitert. Aus den vier Freundinnen sind Großmütter geworden. Und die nächsten Generationen führen die Traditionen des Freundschaftsbundes fort: Sie teilen Glück, Leid und Träume miteinander, die kleinen und die großen Momente des Lebens.

Inspiziert wurde die Autorin zu ihrer Trilogie von den Frauen ihrer eigenen Familie. Man merkt, dass sie sich gern mit ihren Figuren beschäftigt. Sie schildert nachvollziehbar, welchen Einfluss die jeweilige Handlung auf das Gefühlsleben der Charaktere hat. Ferner schreibt sie alle ihre Romane nach aufwendigen Recherchen und mit unglaublicher Liebe zum Detail.

Der letzte Roman blättert hierbei ab März 1970 bewegte und bewegende deutsche Geschichte auf – vom „Deutschen Herbst“ des RAF-Terrors über die Wiedervereinigung bis zur Jahrtausendwende. Er endet mit der Silvesterfeier 1999. Und er wird wiederum begeistert. Hinweis für die männlichen Leser: In der Handlung kommen natürlich auch Herren vor!
Empfehlung: Unbedingt lesen!



För twintig Jaahr – Werder haalt dat Dübbel!

„Oh, wat is dat mooii, so wat hebben wi al lang nich mehr sehn, so mooii, so mooii...“

15.000 Lüü ut Bremen un umto maken de Mannskupp van Thomas Schaaf en groote Begröten an't Avend um 21:30 up't Rullfeld van't Bremer Flughafen, de nu „Hans Koschnick Flughafen“ heet. An't 8. Mai 2004 weer dat so wied. Utrekent in München harr Werder 3:1 wunnen. 25.000 Werder Fans weeren dor mit bi as up en Video – Lienwand dat Spööl up't Domshof overdragen wurr. Biför de Saison förbi was, stunn't fast: De Dütske Meister in 2004 heet Werder Bremen. Un Werder was tegen Bayern München klaar beter. Se harren verdeent wunnen un dat nich blot an disse Dag. Un daarbito kwam noch wat anners: „Kugelblitz Ailton“ was mit 28 Toren de beste Torscheeter. He freide und dreide sük as en Tiddeltopp. Daarbi was he, as de Saison los gung in't Sömmer 2003 noch to laat to de Trainingslager nau Nörderney henkomen.

Bild: Deichstube.de

Dat was för hum ja ok nich so einfach, de Padd van Brasilien nau Nörderney to finnen. Un de Quäleree up de Ostfreeske Eiland för genug Puste in't Lungen mook Kugelblitz Ailton nich sovööl Freide. Umso beter leep dat dann as dat an't Spöölen gung. Un wat mooii Toren hett he schoten! Aver ohn' de Förlagen van „le Chef“ Johan Micaud harr he dat nich so good henkregen. Wenn Micaud de Ball mit sien rechte Foot striekelte, dann gung een wunnerbor Runen dör dat Stadion an't Oosterdiek. All Ogen keken nau Micaud. Wenn he de Ball harr un he dirigeerde dat Spööl, weer dat bolt nett so as wenn vandaage Paavo Järvi van't Dütske Kammerphilharmonie Bremen sien Orchester dirigeerd. Twee Künstlers up en hoch Niveau. Chapeau! Dat sücht so licht ut, aver dar achter is een bült Öven.

Överhopt: Werder harr domaals in 2004 heel good Spööl. Ik will hör nich all uptellen. En will ik noch nö-

Beenhard Oldigs

men. Dat is Frank Baumann. Frank hett domaals dat Dübbel mitwunnen un nu hett he en groote Deel daaran, datt'nu good wieder geiht mit Werder.

An't 29. Mai 2004 weer dat Dübbel komplett. Werder wurr Pokalwinner. 3:2 was dat Ergebnis tegen Alemannia Aachen. Dat Fieren kunn wieder gahn.

Aver bi Werder geiht dat nich blot um Football: De Präsident Hubertus Hess-Grunewald hett för de groote Kundgebung tegen AfD un anner rechte extreme Gruppen upropen. 50.000 Minschen weern an't 21. Januar 2024 up't Domshof in Bremen. Mien Vereen weer dor mit bi un ik ok. Man dat is noch nich al west. An disse Naamidag hett Werder dör en wunnerbaar Tor van Mitchell Weiser 1:0 tegen Bayern München wunnen. 50.000 Lüü up't Domshof, un achteran winnt Werder 1:0 in München.

Beter kann't nich lopen!

Christine Beuthner – Ein Energiebündel

Marlene Henrici

Geboren wurde Christine Beuthner am 10. November 1919 in Königsberg. Sie wuchs gemeinsam mit ihrem jüngeren Bruder und einer Pflegetochter der Familie in der Nähe von Königsberg auf einem Bauernhof auf. Ihr Vater bekam die Möglichkeit den Hof zu pachten. Sie arbeitete nach der Schule in einer Holzverarbeitungsfabrik, machte noch eine Ausbildung zur Fürsorgerin und war dann in dieser Firma als Betriebsfürsorgerin tätig.

» Flucht-Ankunft in Bremen

Obwohl die Flucht Ende Januar 1945 offiziell noch nicht erlaubt war, floh sie mit ihrer Familie mit dem Schiff von Pillau nach Kiel. Auf diesem Weg übernahm sie bereits die Verantwortung für ihre Familie und sorgte dafür, dass alle nicht wie vorgesehen in einem Dorf landeten, sondern bis Bremen weiterzogen.

Hier in der Stadt erhoffte sich Christine eine Stelle in ihrem erlernten Beruf. Zunächst wurde sie mit anderen Flüchtlingen in einem Kino in Bremen-Burg untergebracht. Der Wohnraum war knapp. Sie bekamen letztlich einen Hühnerstall zugewiesen, den sie sich aber erst einmal wohnlich einrichten mussten. Immer wieder erlebten sie Demütigungen wegen ihres Status als Flüchtlinge. Um sich nicht entmutigen zu lassen, sprach sie sich selbst und der Familie immer wieder Mut zu, dass sie es schon schaffen könnten, hier Fuß zu fassen.

Nach mehreren Kurzanstellungen gelang es ihr schließlich, eine Festanstellung als Fürsorgerin beim Flüchtlingsamt zu bekommen. Sie war in Tag- und Nachtschichten dafür zuständig, für die vorübergehende Unterkunft und Versorgung der Flüchtlinge zu sorgen.



Da sie selbst die Erfahrung als Flüchtling gemacht hatte, konnte sie sich sehr gut in das Leid der eintreffenden Menschen hineinversetzen. 1949 heiratete sie Hans Beuthner, der ebenfalls als Flüchtling nach Bremen gekommen war. Er war im öffentlichen Dienst für das Beschaffungswesen im Zusammenhang mit den Flüchtlingsunterkünften zuständig.

» Unermüdlicher Einsatz

Nach der Geburt ihres Sohnes 1950 gab sie ihre Berufstätigkeit auf, war aber weiterhin ehrenamtlich tätig. Sie arbeitete in der Frauengruppe für geflüchtete Frauen in Lesum mit. Für die Frauen waren Theateraufführungen und musikalische Auftritte wichtig. Damit wollte sie das Selbstbewusstsein der Frauen gegenüber den teilweise arrogant auftretenden Einheimischen stärken. Ihr selbst hatte man im Lesumer Turnverein vorgeworfen, dass sie für einen Flüchtling ein zu forsches Auftreten hätte. Sie hatte eigenständig eine Vereinsfeier organisiert. 1962 gründete sie den Lesumer Frauenchor, war Mitglied im Bremer Frauenausschuss, arbeitete als Jugendschöffin und betreute jugendliche Strafgefangene. Im Ortsverband Bremen-Nord des Hausfrauenbundes wurde sie 1964 zur Vorsitzenden und 1969 zur Landesvorsitzenden dieses Verbundes gewählt. In dieser Rolle war sie Mitbegründerin der Messe „HAFÄ“ – Verbrauchermesse für Haushalt und Familie.

Diese fand bis 2007 einmal jährlich auf der Bürgerweide statt und wurde dann von der „HanseLife“ abgelöst. Auch bei den Tarifverhandlungen für Hauswirtschaftsmeisterinnen engagierte sie sich. Sie wurde auch wieder berufstätig und arbeitete in ihrem erlernten Beruf als Fürsorgerin – heute heißt es Sozialarbeiterin.

Sie war in Bremen als Suchtberaterin tätig, ab 1971 wurde sie zur Leitung in Bremen-Nord berufen. Dafür machte sie noch eine Ausbildung zur professionellen Suchtberaterin und Sozialtherapeutin und betrieb nebenberuflich noch Paar- und Einzeltherapie. Nach ihrem Berufsleben engagierte sie sich weiterhin ehrenamtlich im Bürgerverein Lesum und in der Planungszelle „Lesum-Senioren gestalten ihren Stadtteil.“

» Verdiente Auszeichnung

Auf Grund ihrer sehr vielfältigen ehrenamtlicher Tätigkeiten erhielt sie 1974 das Bundesverdienstkreuz und 1985 sogar das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Bei beiden Auszeichnungen wurde Bezug auf den frauenpolitischen Aspekt ihrer Arbeit hingewiesen. Die Energie, die sie besaß, beeindruckte viele Menschen.

2003 starb sie im 84. Lebensjahr in einem Wittmunder Krankenhaus.

Quelle:

Bremer Frauenmuseum

Fotos?

Leider ist von Christine Beuthner kein frei verwendbares, kostenfreies Bildmaterial zu finden.

Lediglich die unten dargestellte Traueranzeige ist unter www.doolia.de veröffentlicht.



Bild: sema_srinouljam / stock.adobe.com



Bilder lügen nicht?

Künstliche Intelligenz (KI) könne alles auf der Welt ändern – „außer der Art und Weise, wie Menschen denken und sich verhalten“ resümierte W. Buffett (ein legendärer amerikanischer Investor). Damit umschrieb er ein Zitat A. Einsteins zur Atombombe, das im Original so lautete „Die entfesselte Macht des Atoms hat alles verändert, nur nicht unsere Denkweise“

Im vergangenen Jahr kamen mir Bilder von D. Trump vor Augen, von Unruhen, von Menschaufmäufen bei seiner Vernehmung vor Gericht und er mit dem typisch mauligen Gesicht, in oranger Gefängnis Kleidung. Alle Bilder waren auf neudeutsch „Fakes“. Das weckte mein Interesse.

Schließlich sind wir auch für unsere Artikel in der WIR angehalten Bildmaterial zu suchen. Was kann peinlicher sein als ein Bild aus dem Internet zu wählen, das eindeutig manipuliert ist oder ein Bildgenerator erstellt hat?

„Es birgt auch Gefahren“, sagte Bundespräsident Steinmeier bezogen auf ein in Umlauf gebrachtes gefälschtes Bild von einer Explosion am Pentagon in Washington. Bis diese Fälschung öffentlich entlarvt wurde, seien bereits nach der Bildverbreitung an den Finanzmärkten die Börsenkurse eingebrochen. Jeder müsse lernen, die Ergebnisse der Künstlichen Intelligenz zu überprüfen, anstatt sich auf die Plausibilität zu verlassen, die eine Ma-

schine liefere. Ethische und rechtliche Rahmen mit wirksamen Standards und Kontrollinstanzen seien wichtig, so Herr Steinmeier. Nötig sind auch ein starker und unabhängiger Journalismus und Medien, die sich nicht abhängig vom Einsatz der Künstlichen Intelligenz machen, wenn sie recherchieren.

Inzwischen verweisen auch verantwortliche Redakteure in den Medien auf die Prüfung der von ihnen vorgelegten Artikel und Bilder. Nun ist die Erwartungshaltung bezüglich von Chatbots sehr hoch. Ein Chatbot ist ein Computerprogramm, das Künstliche Intelligenz und Sprachverarbeitung (NLP*) nutzt, damit ein Dialog zwischen Computer und Mensch entstehen kann.

Bild: m.mphoto / stock.adobe.com

2022 wurde ChatGPT entwickelt, ein Computerprogramm, das Künstliche Intelligenz nutzt, um mit textbasierten Nachrichten und Bildern mit Menschen zu kommunizieren. Es nutzt moderne, maschinelle Lerntechnologien, um Antworten zu generieren, die natürlich klingen und für das Gespräch wichtig sein sollen.

Aber da Maschinen sich nicht selbst bewerten können, müssen Menschen ran, um die Qualität von Sprachmodellen zu beurteilen. Ein enormer Aufwand mit zig Tausenden von Einzeltests. Sprach-KIs wie ChatGPT reden viel Unsinn.

Um mich ein bisschen mit dem Thema zu beschäftigen, besonders über die KI-Bilder zu informieren, habe ich an einem Online-Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung teilgenommen. Mein Hauptanliegen: Woran erkenne ich KI-generierte Bilder, welche Möglichkeiten habe ich? Bei Verdachtsbildern ist es immer lohnenswert sich auf die Spurensuche des Bildes zu begeben. Dazu wurden uns verschiedene Modelle vorgestellt und in Praxis geübt.

Ist das Bild bereits im Netz verfügbar, wann ist es erschienen, wer hat es gemacht? Dann wurde uns gezeigt auf den Bildhintergrund zu achten, ist er klar oder diffus?

Hilfreich ist eine Vergrößerung des Bildes: Es zeigten sich bei diversen Bildern Fehler bei der Darstellung von Fingern, Haaren und körperlichen Proportionen. Sie waren entweder verzerrt oder es fehlten beispielsweise Finger oder es waren zu viele.

Die schwierigste Übung war das Erkennen von gefälschten menschlichen Profilbildern. Das hat mich fassungslos gemacht. Die Technologie ist mittlerweile so fortgeschritten, dass ich nur nach Gefühl entscheiden konnte, ob es sich um eine reale Person oder ein Fake handelt. Ich sollte mich dabei keinesfalls auf mein Gefühl verlassen!

Nach meiner Meinung wurde hier eine zerstörerische Technologie entwickelt, die unser Leben einschneidend und tiefgreifend verändern wird.

Die Büchse der Pandora ist geöffnet.

*NLP:

Natural Language Processing – Verarbeitung der natürlichen Sprache durch Künstliche Intelligenz, damit Mensch und Computer sich über unsere menschliche Sprache verständigen können.



KI generiert

Santa AI, Eliot Higgins
CT Magazin 20 vom 26.08.2023



Kämpfer für den Frieden

Ein Nachmittag mit Rotem und Osama in Aumund

Combatants for Peace ist eine der wenigen existierenden Friedensinitiativen in Israel/Palästina, die aus Mitgliedern beider Bevölkerungsgruppen besteht.*

Rotem Levin (Israeli) und Osama Eliwat (Palästinenser aus der Westbank) reisen seit Oktober 2023 durch Deutschland, um zu erzählen, wie sie von Kämpfern für ihre jeweilige Gesellschaft zu gewaltfreien Kämpfern für Frieden geworden sind.

Rotem wächst in einem rein jüdischen Dorf nahe Tel Aviv auf. Das Erste, was er als Kind über Palästinenser erfährt, ist, dass sie Busse explodieren lassen und Menschen umbringen. Palästinenser trifft er erst, als er im besetzten Westjordanland seinen Militärdienst leistet und sieht, wie die israelische Besatzungsarmee die einheimische Bevölkerung drangsaliert. Erst nach dem Wehrdienst und einer Besinnungspause kehrt er in die Westbank zurück, lernt arabisch und Einwohner persönlich kennen. So erfährt er auch, dass sein Heimatdorf bis zur Staatsgründung ein arabisches Dorf war, aus dem die Menschen vertrieben wurden.

Osama kennt von Kind an Israelis nur als Waffen tragende bedrohliche Besatzer und Siedler. Mit 14 Jahren kommt er erstmals in ein israelisches

Gefängnis, weil er eine palästinensische Fahne geschwenkt hatte – ohne Anklage, ohne Urteil. Er wird zum Kämpfer. Erst als ihm Jahre später Israelis begegnen, die keine Waffe tragen und „auf Augenhöhe“ mit Palästinensern sprechen, ändert sich seine Vorstellung. Ein Aufenthalt in Deutschland führt ihn mit Israelis zusammen, die für ein friedliches Zusammenleben mit Palästinensern eintreten.

Combatants for Peace haben es schwer in einer Umgebung, die von gegenseitigem Unverständnis und Hass geprägt ist. Alte Freundschaften zerbrechen. Sie sind gesellschaftlich isoliert, von Behörden sind sie



Schikanen ausgesetzt. Frieden mit Feinden ist nicht erwünscht. Seit dem 7. Oktober, dem Überfall der Hamas auf israelische Zivilisten und dem Krieg Israels in Gaza ist die Situation noch schwieriger geworden.

Rotem sieht eine 3-Klassengesellschaft: die jüdischen Israelis, die Palästinenser in der Westbank und als unterste Stufe die Bewohner von Gaza. Frieden wird es erst geben, wenn sich die Menschen in Israel und Palästina auf ein friedliches Leben ohne Mauern einlassen, wenn Menschenrechte für alle gelten – auch in Gaza.

Die Schilderungen von Rotem und Osama im Aumunder Gemeindehaus sind erschütternd. Sie fahren gleich danach weiter nach Hamburg, um auch dort ihre Geschichte zu erzählen. So, wie sie es unter anderem auch in Schulen getan haben. Ihre Bitte ist, dass sich Deutschland und die USA für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen und gegen Waffenlieferungen an Israel aussprechen. Aus Israel und Palästina ist eine solche Friedenslösung auf lange Sicht nicht zu erreichen.

*Gefördert von der Bremer Stiftung ‚die schwelle‘.

Bild: Ziviler Friedensdienst (zfd)

Illustration: Mapuna Bonkoba / stock.adobe.com

Fahrradfahren

Letzten Dienstag hatte ich einen Fahrradunfall. Ich hatte Glück. Mir ist nichts passiert und meine Unfallpartnerin ist mit einem Schreck und einer kaputten Lampe davongekommen. Die Sache wäre kaum erwähnenswert, wenn nicht an demselben Tag drei (!) meiner engen Bekannten einen Fahrradunfall gehabt hätten. Sie hatten weniger Glück: Eine brach sich die Schulter, einer brach sich den Arm, der dritte erlitt derbe Prellungen. Dabei war es an dem Tag weder glatt noch nass und alle Unfälle passierten bei Tageslicht.

Fahrradfahren ist gefährlicher geworden. Das zeigen die Unfallstatistiken. Die Gründe dafür liegen auf der Hand:

- Immer mehr Fahrradfahrer:innen teilen sich den Raum, der nicht größer geworden ist und konkurrieren mit dem Autoverkehr (und den Fußgängern).
- E-Bikes und Elektroroller sind deutlich schneller als die meisten Fahrradfahrer:innen und oft auf denselben Wegen. Die Geschwindigkeitsunterschiede erhöhen bei wenig Platz die Unfallgefahr.
- Eine gewisse „Verrohung der Sitten“ macht sich bemerkbar: Eine Anzahl Fahrradfahrer:innen halten sich weniger an die Verkehrsregeln.

Fahrradfahren ist schön. Frau und Mann bewegen sich an der frischen Luft, sie tun etwas für ihre Gesundheit und die Umwelt und sie kommen zügig und unabhängig von A nach B.

Was also tun gegen die Gefahren?

Den Appell „Defensiv Fahren“ kennen vielleicht noch einige aus ihrer Fahrschulzeit. Er ist gerade für uns Ältere lebenswichtig! Wir wissen, dass uns ein Sturz schwer und das Wieder-Aufrappeln noch schwerer fällt. Aus meiner Erfahrung (ich fahre viel Rad) sind folgende Punkte besonders wichtig:

- Ich halte mich an Verkehrsregeln. Das sorgt für meine Sicherheit und ich gebe ein Beispiel.
- Ich trage einen Helm (ich habe nur einen Kopf...), fahre mit Licht und trage – gerade in der Dunkelheit – helle und reflektierende Kleidung.
- Ich lasse mir Zeit. Ich habe sie, ich bin Rentner.
- Ich rechne mit möglichen Fehlern meiner Mitmenschen. Oft kann ich dadurch Unfälle vermeiden.



Eigentlich müssten sich nur alle an die Straßenverkehrsordnung halten. Dort steht in § 1 „Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht.“

Wir waren und sind politische Menschen. Wir brauchen eine Mobilitätswende – weg vom auto-dominierten Individualverkehr hin zu einer lebenswerten Stadt mit ausreichend Platz für uns Fahrradfahrer und Fußgänger und einem funktionierenden und kostenfreien Öffentlichen Nahverkehr. Hier ist der Bremer Senat schon einige Schritte gegangen – aber einiges muss noch viel besser werden. Dafür können wir uns einsetzen, zum Beispiel im Bremer Bündnis Verkehrswende. Hier treffen sich Interessierte einmal im Monat in der BUND-Geschäftsstelle in Bremen.

Kontakt:

Lisa Tschink
lisa.tschink@bund-bremen.net
Tel. 0421-79 00 222



Bild: Cinematographer / stock.adobe.com

Es wird **eng** auf See

Klaus Meyer

Der Klimawandel und die damit gewünschte Abkehr von fossilen Brennstoffen ist weitestgehend Konsens in der Politik und in der Öffentlichkeit.

Allerdings sind auch die Alternativen nicht ohne Risiko. Energiequellen wie Windenergie und Energie aus Photovoltaik benötigen Platz, viel Platz bei hohem Energieverbrauch. An vielen Stellen im Land regt sich bürgerlicher und teilweise politischer Widerstand gegen Trassen, die den gewonnenen Strom transportieren sollen. Bewohner fühlen sich beeinträchtigt durch hohe Masten und Überlandleitungen, aber auch durch Windkraftanlagen. Die Touristikverbände fürchten nachlassende Gästezahlen. Meistens geht es dabei um materielle Interessen oder um persönliches Wohlbefinden mit vorgeschobenen oder tatsächlichen Umweltargumenten.

Ein für die Natur wesentlicher Bereich hingegen hat nur eine Lobby, die kaum wahrgenommen wird. Dabei geht es um unsere Meere, die Nordsee und die Ostsee.

Beide Meere werden in einem unglaublichen Tempo industrialisiert. LNG-Terminals (Liquefied Natural Gas: Flüssigerdgas), immer größer werdende Zulieferschiffe, Service-schiffe jeglicher Art und insbeson-

dere die ständig steigende Zahl der Offshore-Windparks und anderer industrieller Anlagen wie Konverter-Stationen rücken immer dichter an die Schifffahrtswege heran. Sie belasten auf unterschiedliche Art die Umwelt, die bereits durch den Munitions- und Bombenschrott des 2. Weltkrieges viel auszuhalten hat.

Bis Ende 2017 wurden 34 Windparks mit über 2.200 Windenergieanlagen und 9 Konverter-Plattformen genehmigt. Über 1.000 Windenergieanlagen drehen sich inzwischen in Nord- und Ostsee, rund 35 km von der Küste entfernt, gegründet in rund 40 m tiefem Wasser, den rauen Bedingungen der offenen See ausgesetzt. Weitere Anlagen sind im Bau bzw. in Planung.

Die Gefahr von Kollisionen mit unübersehbaren Auswirkungen steigt mit immer größer werdenden Seeschiffen überdurchschnittlich. Es reicht die Kollision von einem der Mega-Containerschiffe, um eine nicht mehr zu bewältigende Katastrophe auszulösen. Havarien sind grundsätzlich nicht auszuschließen,

wie praktisch jeder Wintersturm oder jede Nebelsaison jedes Jahr aufs Neue zeigt.

Zwar gibt es eine sogenannte Ordnung des Meeres, die vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) erstellt werden soll. Die Verhinderung von Havarien spielt bisher allerdings eine nachgeordnete Rolle. In den sogenannten maritimen Raumordnungsplänen für die deutschen Außenwirtschaftszonen von Nord- und Ostsee wird dem Natur- und Umweltschutz ein zentraler Stellenwert eingeräumt. Gleichzeitig soll auch die Sicherheit und Leichtigkeit des Seeverkehrs gewährleistet werden. Dass es hier zu Konflikten kommen wird, liegt auf der Hand.

Wer ist Anwalt von Nord- und Ostsee?

Nach einem Brand strandete vor 25 Jahren das unter der Flagge der Bahamas fahrende Motorschiff „Pallas“ in der Nähe der Insel Amrum. Noch heute ist dieses Mahnmal zu sehen. Die Bekämpfung des Brandes, der Versuch die Seeleute zu retten und der Versuch des Ab-

schleppens, all das bei mangelnden Sicherheitsvorschriften, offenbarten bei der späteren Untersuchung ein einzigartiges Chaos. Letztlich führte es zum heute in Cuxhaven ansässigen Havariekommando. Von hier aus werden Unfälle und Havarien koordiniert, was aber noch lange nicht heißt, dass damit die Gefahren minimiert werden.

Die seit 1973 existierende Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste e.V. (SDN) ist ein überregionaler und gemeinnütziger Umweltschutz-Dachverband, der aufgrund umfassender Verschmutzungen der Nordsee ins Leben gerufen wurde.

Seitdem engagiert sich die Schutzgemeinschaft sachlich-fachlich und parteiübergreifend für den Schutz der Nordsee als Lebens-, Wirtschafts- und Naturraum. Die Schutzgemeinschaft hat einen umfassenden Katalog an Forderungen aufgestellt, die das Unvermeidbare verhindern oder minimieren sollen.

→ www.sdn-web.de

IMPRESSUM & ARBEITSKREISE

- IGM-Arbeitskreis-Senioren Bremen-Stadt**
jeden 1. Mittwoch im Monat · 9 - 12 Uhr
DGB-Haus Bremen, Tivoli-Saal oder nach Aushang
- IGM-Arbeitskreis-Senioren Bremen-Nord**
jeden 2. Mittwoch im Monat · 10 - 12 Uhr
Haus der Arbeitnehmerkammer Bremen-Nord, Lindenstr. 8
- Treffen der ver.di Senior:innen**
jeden 2. Donnerstag im Monat · 14 - 16 Uhr
DGB-Haus Bremen, Großer Saal oder nach Aushang
- GEW**
jeden 2. Dienstag im Monat · 10 - 12 Uhr
(außerhalb der Schulferien) DGB-Haus Bremen,
GEW-Sitzungsraum oder nach Aushang
- NGG**
jeden 1. Montag im Monat · 10 - 13 Uhr
DGB-Haus Bremen, Tivoli-Saal
Genaue Auskünfte erteilen die jeweiligen Geschäftstellen.

Die Zeitung wird gefördert durch DGB Stadtverband Bremen, EVG Bremen, GEW Bremen, IG Metall Bremen, NGG Bremen und ver.di Bremen.
Über weitere Mitarbeiter:innen würden wir uns freuen. Kritik und Anregungen sind uns immer willkommen.

HERAUSGEBER & KONTAKT
Arbeitskreis DGB-Senior:innen Bremen
c/o Gerd Bohling, DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28 · 28195 Bremen
E-Mail: wir@aulbremen.de

V. I. S. D. P.
Jens Tanneberg · Tel. 0421 960 890
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben
(DGB/VHS) e. V. Bremen

REDAKTION
Wolfgang Bielenberg (GEW), Gerd Bohling, Udo Hannemann, Hugo Köser, Christoph Paul, Hermann Wilkening (alle IGM), Cornelia Förster-Bonomo, Wolfgang Schröder (alle NGG), Willi Derbogen, Marita Froese-Sarimun, Marlene Henrici, Doris Hülsmeier, Traudel Kassel, Bernd Krause, Reiner Meissner, Klaus Meyer, Margot Müller, Beenhard Oldigs, Günther Wesemann, Manfred Weule, Brigitte Wilkening (alle ver.di)

GESTALTUNG
Svenja Kerkhoff · handwerk – idee + design
www.handwerk-sk.de

DRUCK
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier
Blauer Engel-zertifiziert
WIRmachenDRUCK GmbH
www.wir-machen-druck.de

Frühere WIR Ausgaben unter
→ www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir



EINTRETEN FÜR DIE

#TARIFWENDE

DGB

MEHR LOHN FREIZEIT SICHERHEIT

1. Mai 2024
Bremen

**10:00 Uhr – Kundgebung auf dem Osterdeich
Höhe Stadion**

Mit Beiträgen aus den Betrieben

11:00 Uhr – Demonstration ab Osterdeich

12:00 Uhr – Kundgebung auf dem Domshof

Mit Robert Feiger (Bundesvorsitzender IG BAU)

Ernesto Harder (DGB Vorsitzender Bremen)

Und weiteren Beiträgen aus der Gewerkschaftsjugend

13:00 Uhr – Familienfest auf dem Domshof

Mit Kinderprogramm

www.bremen.dgb.de

Wir

*Älteren in den Gewerkschaften
in Bremen und Bremerhaven*

Ausgabe 52 erscheint im September 2024

Frühere WIR-Ausgaben unter

→ www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir